

# **BR/GT I/124 d/71**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

---

Luxemburg, den 12. Oktober 1971  
BR/GT I/124/71

- Sekretariat -

VERMERK

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage eine Aufzeichnung betreffend die Veröffentlichung anhängiger europäischer Patentanmeldungen und deren Auswirkungen auf die Interessen Dritter, die von der niederländischen Delegation am 12. Oktober 1971 unterbreitet worden ist.

---

AUFZEICHNUNG

der niederländischen Delegation  
betreffend die Veröffentlichung anhängiger europäischer Patent-  
anmeldungen und deren Auswirkungen auf die Interessen Dritter

- I. Das erste Europäische Patentübereinkommen sieht eine frühe Veröffentlichung der Patentanmeldungen zusammen mit einem Recherchenbericht und eine darauffolgende Prüfung der Patentierbarkeit vor; auf der Grundlage der nichtgeprüften veröffentlichten Anmeldungen wird ein vorläufiger Schutz gewährt. Hierdurch werden sowohl die Interessen der Anmelder als auch die dritter Parteien grundsätzlich gewahrt; den ersteren wird nämlich ein vorläufiger Schutz gewährt und den letzteren nach einem gewissen Zeitraum die Möglichkeit gegeben, die Rechte zu beurteilen, die sich möglicherweise aus einer europäischen Patentanmeldung und deren Gültigkeit ergeben, und zugleich zu versuchen, den Zeitraum der Ungewissheit zu verkürzen.
- II. Die Erfahrung der interessierten Kreise in den Niederlanden hat jedoch gelehrt, dass diese Beurteilung in vielen Fällen praktisch unmöglich ist, und zwar selbst in jenen Fällen, in denen ein Neuheitsbericht erstellt worden ist.

Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Ansprüche sehr oft weit und vage gefasst und bedeutungslos sind; in diesen Fällen ist der Neuheitsbericht (der auf den Ansprüchen beruht) bei der Bestimmung der letztlich gültigen Tragweite der Anmeldung zwangsläufig nutzlos.

Dieser Zustand wird noch dadurch verschlimmert, dass es dem Anmelder völlig freisteht, seine Meinung während der Patentierbarkeitsprüfung zu ändern, was zur Folge hat, dass er seine endgültigen Ansprüche auf nahezu all das stützen kann, was in der Patentschrift und/oder in den Zeichnungen offenbart worden ist, obgleich solche Bestandteile nie als wesentlich hervorgehoben worden sind.

Hieraus ergibt sich für Dritte während eines Zeitraums, dessen Dauer sie nicht beeinflussen können, ein Zustand der Ungewissheit.

Dieser Zeitraum der Ungewissheit kann viele Jahre andauern. Insbesondere im Falle vager oder vielschichtiger Anmeldungen (es gibt Anmeldungen von 100 - 200 Seiten) kann der Anmelder das Verfahren verzögern und verfügt während vieler Jahre über die Möglichkeit, Teilanmeldungen einzureichen, die sich auf Gegenstände beziehen, die weder in einem der veröffentlichten Ansprüche erwähnt noch in einer Erklärung über die Erfindung als wesentlich bezeichnet sind.

III. Das System des Europäischen Patentübereinkommens bietet wohl keinen Schutz dafür, dass sich die vorstehend beschriebenen nachteiligen Ungewissheiten hier nicht einstellen.

Bei dieser Ansicht wird davon ausgegangen, dass auch hier zwischen der Veröffentlichung der Anmeldung und der Erteilung des Patents (der Patente) ein Zeitraum von zumindest mehreren Jahren liegen wird. Während dieses Zeitraums können

Dritte die Tragweite des endgültigen Schutzes kaum oder überhaupt nicht beurteilen, da der Anmelder auch hier die Möglichkeit hat, seine Meinung zu ändern; dies ist ein Zustand, der noch dadurch verschlimmert wird, dass durch Einreichung von Teilanmeldungen nicht nur die Angelegenheit erheblich kompliziert werden kann, sondern auch eine Verzögerung des Verfahrens über viele Jahre hinweg möglich ist.

Ausserdem behaupten diejenigen, die über den beschriebenen ernsten Zustand besorgt sind, dass sie sich kaum des Eindrucks erwehren könnten, dass es Fälle gebe, in denen diese Verwirrung und Ungewissheit absichtlich verursacht worden seien, und dass solche Fälle immer häufiger würden.

Bisher ist diese Situation praktisch nur in einigen wenigen Ländern möglich gewesen, bei denen es sich möglicherweise nicht gelohnt hat, diese Möglichkeiten in vollem Umfang auszunutzen. Wenn diese Möglichkeiten aber durch eine einzige Anmeldung für bis zu 19 Ländern ausgenutzt werden können, so wird befürchtet, dass mehr Anmelder versucht sein könnten, dies zu tun und dementsprechend zu handeln.

IV. Obgleich oft der Standpunkt vertreten wird, dass die Anmelder schon im Zeitpunkt der Einreichung der Patentanmeldung wissen müssten, was sie erfunden haben und wofür sie Schutz begehren, so wird doch voll und ganz anerkannt, dass es viele Situationen gibt, in denen dies eher der Theorie als der Praxis entspricht.

Es scheint deshalb gerechtfertigt zu sein und im Interesse des Anmelders zu liegen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, seine Erfindung erneut zu definieren und erforderlichenfalls seine Meinung zu ändern, nachdem ihm die Ergebnisse der Neuheitsrecherche mitgeteilt worden sind.

Andererseits wird die Auffassung vertreten, dass im legitimen Interesse Dritter ein Zeitpunkt vorgesehen werden sollte, von dem an es dem Anmelder nicht mehr möglich ist, seine Meinung zu ändern.

Wir sind der Ansicht, dass sowohl die Interessen der Anmelder als auch die dritter Parteien hinreichend gewahrt werden, wenn dem Artikel 83 des Zweiten Vorentwurfs ein dritter Absatz in der Fassung des Anhangs A hinzugefügt wird. Dieser dritte Absatz macht einen vierten Absatz erforderlich, der im gleichen Anhang enthalten ist.

Natürlich bedürfen einige weitere Artikel aufgrund dieser Änderung eine Anpassung oder Änderung. Dies gilt in erster Linie für Artikel 94, dessen Absatz 1 durch einen Zusatz ergänzt werden muss. Eine revidierte Fassung des Absatzes 1 ist in Anhang B wiedergegeben (der vorgeschlagene Zusatz ist unterstrichen). Weitere Artikel, wie z.B. 95 und 95 a, müssen noch weiter geprüft werden.

Anhang A

Artikel 83 Absatz 3

Nach Stellung des Prüfungsantrags gemäss Artikel 88 sind die Patentansprüche insofern bindend, als der Inhalt der letztlich zuerkannten Patentansprüche nicht wesentlich vom Inhalt der Patentansprüche abweichen darf, die im Zusammenhang mit der Beschreibung und den Zeichnungen zum Zeitpunkt der Stellung des Prüfungsantrags geltend gemacht werden.

Artikel 83 Absatz 4

Die gemäss Absatz 3 massgeblichen Patentansprüche werden vom Europäischen Patentamt unverzüglich veröffentlicht.

Anhang B

Artikel 94 Absatz 2

Artikel 81 Absätze 3 bis 5 und Artikel 83 Absatz 3 sind anzuwenden.

Artikel 95 Absatz 1 Buchstabe c

Artikel 83 Absatz 3 ist anzuwenden.

---